



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

8. Sitzung (öffentlich)

26. Januar 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Beate Mennekes, Jonas Decker, Simona Roeßgen (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Berücksichtigung des demografischen Wandels – auch im Sektor der Finanzprodukte für Senioren **8**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/213

– Zuziehung von Sachverständigen

Der Ausschuss hört Sachverständige an. Weitere Angaben enthält die folgende Tabelle.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Verbraucherzentrale NRW	Dr. Annabel Oelmann	15/206	10, 22
Landesseniorenvertretung NRW e. V.	Dr. Martin Theisohn	15/219	15, 22
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)	Klaus Uwe Meier	15/217	17, 21

Weitere Stellungnahme	
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	15/220

2 **Stand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zum SGB II und SGB XII** 27

– Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales

Dem Bericht von Minister Guntram Schneider (MAIS) schließt sich eine kontroverse Diskussion an.

3 **Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!** 34

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/130
Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/177

Vorlage 15/102
Ausschussprotokoll 15/78

– Aussprache über die Anhörung

Der Ausschuss will angesichts des laufenden Vermittlungsverfahrens auf Bundesebene und der noch ausstehenden Voten der mitberatenden Ausschüsse die Beratung zu diesem Punkt in einer anderen Sitzung führen.

4 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen! 36

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/132

Vorlagen 15/101, 15/213 und 15/272

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

In Verbindung mit:

Umsetzung des Landesprogramms „Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren“

Vorlage 15/314

Nach einer kurzen Diskussion zieht die antragstellende Fraktion Die Linke ihren Antrag zurück.

5 Ausbildungssituation der Jugendlichen, die im letzten Jahr nicht versorgt werden konnten 39

Vorlagen 15/221 und 15/291

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sagt zu, dem Wunsch der CDU-Fraktion nach einem Bericht über das Werkstattjahr nachzukommen.

6 Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen 40

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/478
Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/533

Vorlagen 15/222 und 15/248
Zuschrift 15/76

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Im AGSI-Ausschuss wird die Forderung erhoben, zumindest über die Ergebnisse der Beratungen im Unterausschuss Integration schriftliche Informationen zu erhalten. Vorsitzender Günter Garbrecht soll dahin gehend tätig werden. In diesem Zusammenhang wird die Beratung zu diesem Punkt auf die AGSI-Sitzung am 9. Februar 2011 verschoben.

7 Defizite beim Arbeitsschutz von Minderjährigen in Nordrhein-Westfalen 41

Vorlage 15/277

Der Ausschuss diskutiert.

8 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren! 44

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/43

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Antrag Drucksache 15/43 in der Fassung des gemeinsamen Antrags als Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke an.

9 NRW für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz – Bundesratsinitiative der Länder Berlin und Brandenburg für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz unterstützen! 46

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/847

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Punkt wird geschoben.

10 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie 47

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlage 15/257

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Die Terminfestsetzung erfolgt durch die Obleute.

11 Darstellung der aktuellen Situation der Hebammen, insbesondere im Hinblick auf die Bezahlung 48

Vorlage 15/313

Der Ausschuss will einen neuen Sachstand abwarten.

12 Finanzierung der Umschulungsmaßnahmen im Bereich der Alten- und Krankenpflege auch im dritten Ausbildungsjahr über den 31.12.2010 hinaus 49

Vorlage 15/306

Das Ministerium beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

13 Wie ist aktuell der Auswertungsstand bei der kommunalen Umsetzung der UTeilnahmeDatVO? 51

Vorlage 15/305

Dieser Punkt wird auf die AGSI-Ausschusssitzung am 9. Februar 2011 verschoben.

14 Bericht über die Evaluierung des Gesetzes über Kurorte (KOG) 52

Vorlage 15/197

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

15 Verschiedenes

53

* * *

8 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/43

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, dieser Antrag sei vom Plenum am 29. September 2010 zur federführenden Beratung an den AGSI-Ausschuss überwiesen worden. Der von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP erarbeitete gemeinsame Antrag sei in den mitberatenden Ausschüssen beraten worden. Der Innenausschuss und der Ausschuss für Kommunalpolitik hätten kein Votum abgegeben. Der mitberatende Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie empfehle bei Enthaltung der Fraktion der Linken einstimmig, den vorliegenden Antrag in der Fassung des gemeinsamen Antrags anzunehmen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) begrüßt die breite parlamentarische Mehrheit für die gemeinsame Initiative und zieht den Ursprungsantrag seiner Fraktion Drucksache 15/43 zurück.

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt, es bestehe kein Bedarf, den Ursprungsantrag zurückzuziehen, da er in der neuen Fassung als gemeinsamer Antrag zur Abstimmung gestellt werde.

Peter Preuß (CDU) gibt namens seiner Fraktion bekannt, dem gemeinsamen Antrag beizutreten.

Heike Gebhard (SPD) verleiht ihrer Freude über den gemeinsamen Antrag Ausdruck: Es komme der parlamentarischen Arbeit zugute, wenn es gelinge, bei wichtigen Themen und Inhalten auch fraktionsüberschreitend voranzukommen. Die Abgeordnete spricht der FDP Dank für deren Vorstoß aus und äußert sich zuversichtlich, dass der AGSI-Ausschuss das gleiche Abstimmungsergebnis erreichen werde wie der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Es reize ihn, so **Wolfgang Zimmermann (LINKE)**, entgegen der Überzeugung seiner Fraktion dem Antrag beizutreten, um zu sehen, wie sich die Fraktion der CDU dann verhalten werde, die bekanntlich keine gemeinsamen Anträge mit der Fraktion der Linken stellen wolle.

Der gemeinsame Antrag bleibe inkonsequent, da er bedauerlicherweise kein Werbeverbot für Alkohol umfasse, während für Tabakwaren ein Werbeverbot seinerzeit in einem relativ breiten Konsens herbeigeführt worden sei. Wegen dieser Inkonsequenz werde sich die Fraktion Die Linke wie bereits bei der Abstimmung im Ausschuss für

Kinder, Jugend und Familie so auch bei der Abstimmung im AGSI-Ausschuss enthalten.

Ministerin Barbara Steffens (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) zeigt sich erfreut über den breiten Konsens, der dem Thema insbesondere mit Blick auf die Karnevalszeit den ihm gebührenden Stellenwert zukommen lasse. Die Diskussion müsse an vielen Stellen noch intensiver geführt werden, zumal man dieses Problem gemeinsam gut angehen könne. Zu gegebener Zeit werde sie gerne über die Umsetzung dieses Antrags berichten, so die Ministerin.

Der Ausschuss nimmt den Antrag Drucksache 15/43 in der Fassung des gemeinsamen Antrags als Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Linken an.

Vorsitzender Günter Garbrecht bietet an, bei Interesse im Obleutekreis darüber zu beraten, wie sich dieses Thema in die Öffentlichkeit tragen lasse.